GUATEMALA

Horror im Maya-Land

Vor zwölf Tagen kündigte Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú an, sie wolle bei der Präsidentschaftswahl im September kandidieren. Dabei zeichnet sich jetzt schon ab, dass der Urnengang von Gewalt überschattet sein dürfte. Killertrupps treiben ihr Unwesen fast wie zu Zeiten der Militärdiktatur Anfang der achtziger Jahre. Mindestens zwei Todesschwadronen, die sich aus Mitgliedern der Sicherheitskräfte zusammensetzen, sollen im Auftrag des organisierten Verbrechens rivalisierende Banden jagen. Vor allem im Einzugsgebiet der Hauptstadt Guatemala City werden fast täglich Mordopfer gefunden. Todesschwadronen sollen auch für den Mord an vier inhaftierten Polizisten Anfang vergangener Woche verantwortlich sein. Die Beamten gerieten ins Gefängnis, weil sie drei Abgeordnete aus dem benachbarten El Salvador und deren Fahrer umgebracht

ORLANDO SIERRA / AFP

Menchú

haben sollen. Ein Mordkommando verschaffte sich offenbar mit Hilfe korrupten Wachpersonals Zugang zu dem Gefängnis. Die Auftraggeber wollten wohl verhindern, dass die Polizisten über die Vernetzung der Sicherheitskräfte mit der Mafia auspacken. In Guatemala, das mehrheitlich von Maya-Indianern bewohnt wird, ermordeten Todesschwadronen und Sicherheitskräfte in den siebziger und achtziger Jahren Zehntausende Unschuldige. Die meisten Zivilregierungen, die seit Ende des Bürgerkriegs regierten, waren schwach. Die Drogenmafia hat Polizei und Justiz unterwandert. Die Menschenrechtlerin Menchú, eine Maya-Indianerin, ist selbst ein Opfer der Gewalt: Sicherheitskräfte waren 1980 für den Tod ihres Vaters verantwortlich.

DSCHIBUTI

„Fremde bringen Sicherheit“

Präsident Ismail Omar Guelleh, 59, über Stützpunkte in seinem Land und die Lage im Nachbarstaat Somalia

SPIEGEL: Herr Präsident, das Horn von Afrika gilt als Hochburg von Qaida-Kämpfern. Französische, amerikanische und deutsche Soldaten sind deswegen in Ihrem Land stationiert. Rechnen Sie mit Terroranschlägen?

Guelleh: Ich fühle mich sicherer durch die Anwesenheit der Fremden. Auch die Deutschen haben wir gern aufgenommen. Europa sollte ja auch sehr an Stabilität in Dschibuti gelegen sein.

SPIEGEL: Warum?

Guelleh: Sie glauben gar nicht, wie viele Leute versuchen, hier auf Schiffe zu gelangen: Alle wollen sie Afrika möglichst hinter sich lassen. Jeden Tag greift unsere Polizei Menschen auf, die als blinde Passagiere nach Saudi-Arabien oder Europa wollen. Eine sehr gefährliche Entwicklung.

Ugandische Friedenssoldaten (vor

SPIEGEL: Ihre Nachbarn Äthiopien und Eritrea stehen an der Schwelle zum Krieg – und Somalia versinkt wieder im Chaos. Dschibutis Bevölkerung aber besteht zu einem großen Teil aus Somalis. Unter ihnen gärt es.

Guelleh: Das will ich nicht abstreiten. Die Menschen sind über die amerikanischen Angriffe auf ihre nahen Verwandten im Süden Somalias zutiefst frustriert …

SPIEGEL: … wo Washington mutmaßliche Gotteskrieger bombardieren ließ …

Guelleh: … und sie sind wegen der Invasion Äthiopiens aufgebracht, die das Land tatsächlich ins Chaos gestürzt hat und die ich von Anfang an für kontraproduktiv hielt. Die Regierung muss es schaffen, den gemäßigten Islamistenführer Scheich Scha-

SÜDAFRIKA

Angst vor Enteignung

Weil mehr als 80 Prozent des Ackerlandes noch immer Weißen gehören, drängt die Regierung in Pretoria seit langem schon auf eine Landreform. Ausgerechnet mit der evangelisch-lutherischen Kirche eskaliert jetzt der Streit um die Scholle. Weil die Führung der Protestanten den von der Regierung angebotenen Preis für ihr 25 200 Hektar großes Grundstück nicht akzeptieren mochte, hat die Regierung Mbeki die Pniel-Farm rund 20 Kilometer nördlich von Kimberley zwangsweise verstaatlicht und wird sie unter schwarzen Bauern aufteilen. Der Konflikt mit der Kirche ist ein spektakulärer Fall unter vielen anderen. Tausende Anträge auf Rückgabe des Landes sind in Südafrika seit 1994 eingereicht worden. Noch immer sind 10 000 Restitutionsfälle anhängig. Vielen Landlosen geht der Umverteilungsprozess zu langsam voran. Bis zum Jahr 2014 soll sich der Anteil des Ackerlandes unter dem Pflug

GETTY IMAGES

Protestierende Landlose in Johannesburg

von Schwarzen auf 30 Prozent erhöhen. Weiße Farmer befürchten daher, gewaltsam von ihren Höfen vertrieben zu werden. Zwar zahle die Regierung einen angemessenen Preis für das Land, Investitionen zum Beispiel in Bewässerungssysteme und Gebäude würden aber beim Verkauf an die Regierung nicht angemessen berechnet, klagen sie.

THILO THIELKE/DER SPIEGEL (L.); STUART PRICE/AFP (R.)

dem Abflug nach Somalia)

rif Ahmed in ihre Arbeit einzubeziehen. So können einige Konflikte in Somalia und auch bei uns entschärft werden.

SPIEGEL: Im Moment sieht es eher so aus, als geriete die Lage in Mogadischu außer Kontrolle.

Guelleh: Ich muss gestehen, dass ich in Sachen Somalia nicht sehr optimistisch bin. Aber das Schicksal des Landes liegt in den Händen Allahs.

SPIEGEL: Vor allem wohl in den Händen der Afrikanischen Union. Die wollte 8000 Peacekeeper entsenden, bekommt sie aber nicht zusammen.

Guelleh: Mehr als die Hauptstadt Mogadischu zu sichern werden sie wohl auch nicht schaffen mit diesem Häuflein. Dennoch ist eine Friedenstruppe notwendig: Nur sie wird gewährleisten, dass die Regierung vernünftig arbeiten und eigene Ordnungskräfte ausbilden kann.

SPIEGEL: Im Schatten Somalias hat sich Ihr Land zum Musterknaben der Region entwickelt. Weil Sie auf Marktwirtschaft setzen anstatt auf mehr Entwicklungshilfe?

Guelleh: So ist es. Wir versuchen, ausländische Investoren anzuziehen, Touristen, Geschäftsleute. Gerade öffnete hier ein großes Hotel, das zu einer deutschen Kette gehört – so wollen wir wichtige Kongresse nach Dschibuti locken. Gleichzeitig bauen wir die Dienstleistungen aus, versuchen das Land zu dezentralisieren. Die Chinesen errichten eine Seewasserentsalzungsanlage, im Flughafen entsteht ein neuer Frachtbereich, im Hafen ein Öl- und Containerterminal.

LIBYEN

Gaddafis Geschenke

Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi ließ den 30. Jahrestag des von ihm erfundenen „Volksmassenstaates“ am 2. März groß feiern und gönnte seinen Untertanen aus diesem Anlass einige Geschenke. So sollen ab sofort die rund 800 000 Staatsbeamten und Angestellten staatlich kontrollierter Betriebe mehr als doppelt so viel verdienen wie bisher: Sie bekamen umgerechnet mindestens 123 Euro, nun werden daraus 273 Euro. Wer in Banken arbeitet, darf sogar mit knapp viermal so hohen Gehältern rechnen. Die Staatsführung stellte vorsorglich Preissteigerungen unter Strafe. Damit will sie Produzenten und Händler daran hindern, von der neuen Kaufkraft durch Verteuerung der Waren zu profitieren. Das insgesamt 6,5 Milliarden Dinar – 4 Milliarden Euro – teure Geschenk will der nach wie vor populäre Gaddafi mit „Spenden“ der Ölfirmen finanzieren. Erdölmilliarden sollen auch die Entlassung von voraussichtlich 300 000 Angestellten in zur Privatisierung freigegebenen Staatsbetrieben sozial abfedern: Jeder neue Arbeitslose erhält drei Jahre sein volles Gehalt und einen „Zukunftsbonus“ in Höhe von 30 000 Dinar (18 000 Euro). Im Jahr 2006 hat Libyen etwa 24 Milliarden Euro durch Ölexporte eingenommen, rund zweieinhalb Milliarden mehr als 2005.

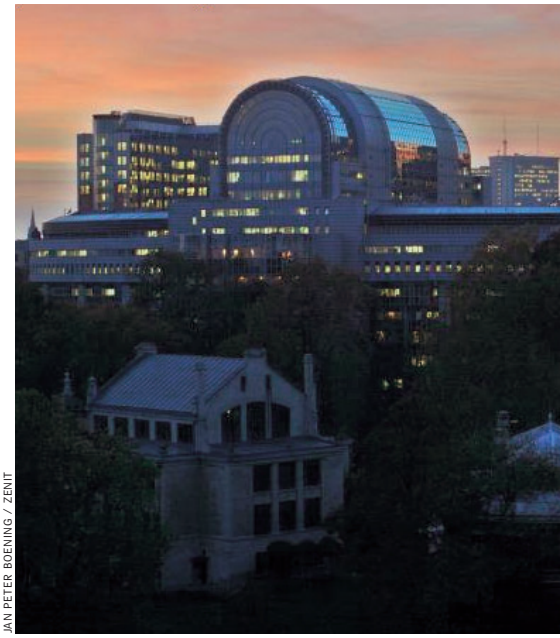
MENOUAR / GAMMA / LAIF

Gaddafi

EUROPA

Stretching im Parlament

Die Kosten sportlicher Aktivitäten von EU-Politikern und -Beamten sorgen im Europäischen Parlament für Streit. Um ihr hausinternes, aber privat betriebenes Sportzentrum im Keller des Brüsseler Glaspalastes „Altiero Spinelli“ größer und schöner zu gestalten, will sich das Parlament vier Millionen Euro genehmigen. „Ein abenteuerlicher Vorgang“, meint der CSU-Abgeordnete Markus Ferber. Mit Steuergeldern werde einem kommerziellen Fitness-Anbieter eine neue Infrastruktur finanziert, ohne dass die Kosten, etwa über erhöhte Pacht, wieder zurückflössen. Zudem sehen Ferber und andere Haushaltspolitiker „überhaupt keine Notwendigkeit“, Millionen in parlamentarische Gymnastikübungen zu stecken. Wem der Raum für Stretching und Bodyshaping nach den EU-Erweiterungsrunden und den entsprechenden Neuzugängen im Parlament zu eng sei, könne rund ums Parlament unter fünf alternativen Mucki-Buden wählen. Angebote und Preise lägen dort kaum höher als im Parlamentskeller (600 Euro für das Jahresabonnement). Im neuen Bau will das EU-interne Bewegungszentrum künftig auch an Samstagen und Sonntagen für den sportlichen Ausgleich geplagter Eurokraten zur Verfügung stehen. Dumm nur, dass die meisten Parlamentarier und deren Mitarbeiter ihre Wochenenden fern von Brüssel verbringen, nämlich in ihren Heimatländern.



JAN PETER BOENING / ZENIT

EU-Parlament in Brüssel